

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung vom 13.12.2023
- 4 Gespräch mit dem Migrantenbeirat
gemäß Arbeitsplanung Hauptausschuss
- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 5.1 Umsetzung Holzbau-Initiative 23/SVV/0030
Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters
 - 5.2 Tragfähige IT-Konzepte entwickeln und umsetzen 23/SVV/0039
Fraktion Freie Demokraten
 - 5.3 Erweiterung Jüdischer Friedhof 23/SVV/0810
Fraktion DIE LINKE
 - 5.4 Inklusionsbeauftragte in städtischen Betrieben 23/SVV/0940
Fraktion DIE aNDERE
 - 5.5 Potsdamer Klärwerke zügig ertüchtigen, um die erforderliche Qualitätsstufe der Wasserwiederverwendungsrichtlinie für eine Wiederverwendung zu erfüllen 23/SVV/0943
Fraktion Freie FRAKTION
 - 5.6 Erste Satzung zur Änderung der Übernachtungssteuersatzung der Landeshauptstadt Potsdam vom 29.07.2014 23/SVV/1100
Oberbürgermeister, Fachbereich Rechnungswesen und Steuern
 - 5.7 Information vor Strukturveränderungen 23/SVV/1274
Fraktion DIE LINKE
 - 5.8 Machbarkeitsstudie Forum an der Plantage, gemäß 22/SVV/1142, hier: Begleitkreis
- 6 Mitteilungen der Verwaltung
 - 6.1 Bessere Integration von Bundesbediensteten und verstärkte Anstrengungen für die Unterbringung von Geflüchteten 23/SVV/0918
Oberbürgermeister, Kommunalen Immobilien Service
 - 6.2 Förderung des Ehrenamtes in den Hilfsorganisationen 23/SVV/0932
Oberbürgermeister, Fachbereich Feuerwehr

- 6.3 Darlegung der Konsequenzen bezüglich "Aufhebung des Beschlusses zum kostenfreien Eintritt in den Volkspark sowie sozialverträgliche Gestaltung der Eintrittspreise" gemäß Beschluss: 23/SVV/0685
- 6.4 Information zum aktuellen Stand der Umsetzung des Vertrages zur schrittweisen Sanierung des Parks am Pfingstberg gemäß Beschluss: 23/SVV/1079
- 6.5 Information zu Unterbringungspotentialen für Migranten gemäß Beschluss: 23/SVV/1324
- 7 Sonstiges
 - 7.1 Arbeitsplanung Hauptausschuss 2024
 - 7.2 Information zur Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes Berlin-Brandenburg / Wohnquartier auf dem Gelände der Kleingartenanlage „Angergrund“ in Babelsberg

Nichtöffentlicher Teil

- 8 Feststellung der nicht öffentlichen Tagesordnung
- 9 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 13.12.2023
- 10 Mitteilungen der Verwaltung
 - 10.1 Geschäftsführung Technologie- und Gewerbezentren Potsdam GmbH
 - 10.2 Preisanpassungen in der Grundversorgung Strom/Gas
Mail vom 12.12.23 - OBM
- 11 Sonstiges

Protokoll

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung

Aufgrund einer Vorberatung mit den Fraktionsvorsitzenden wird die Sitzung um 17:35 Uhr durch den Oberbürgermeister eröffnet.

2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 15 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Zur vorliegenden Tagesordnung schlägt er vor, die Tagesordnungspunkte (TOP) **5.1** – Holzbauinitiative und **5.2** – tragfähige IT-Konzepte – wegen fehlender Voten der Fachausschüsse **zurückzustellen**.

Entsprechend der Vereinbarung in der letzten Sitzung des Hauptausschusses bittet er, die Tagesordnung formal um die Entsendung von Mitgliedern des Hauptausschusses in die Arbeitsgruppen, die gemäß Beschluss 22/SVV/1142, die Machbarkeitsstudie zum Forum An der Plantage begleiten sollen, zu **erweitern**.

Unter dem Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ werde über die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes Berlin-Brandenburg zur Klage der Tamax, ein Wohnquartier auf dem Gelände der Kleingartenanlage „Angergrund“ in Babelsberg errichten zu wollen, informiert.

Im Weiteren liegen Anträge auf Rederecht von Frau Thom-Neumann, Geschäftsführerin des „Landhotel Potsdam“, Frau Braun, Geschäftsführerin Kongresshotel und Herrn Lücke, Geschäftsführer Dehoga zum Tagesordnungspunkt 5.6 – Änderung der Übernachtungssteuersatzung vor. Er schlägt deshalb vor, diesen Punkt nach der Berichterstattung des Migrantenebeirates aufzurufen.

Herr Dr. Scharfenberg bittet, den Tagesordnungspunkt 6.4 – Information zum aktuellen Stand der Umsetzung des Vertrages zur schrittweisen Sanierung des Parks am Pfingstberg, gemäß Beschluss 23/SVV/1079 nicht aufzurufen, da die einzuladenden Vertreter der SPSG und MDB nicht anwesend sind. Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass diese ihre Teilnahme zur Sitzung des Hauptausschusses am 14.02.2024 zugesagt haben, so dass auch der Punkt **zurückgestellt** werden kann. Die Bitte von Herrn Dr. Scharfenberg, den Hauptausschussmitgliedern im Vorfeld „etwas in die Hand zu geben“ wird die Verwaltung berücksichtigen.

Die so geänderte Tagesordnung wird mit 15 Ja-Stimmen **bestätigt**, bei einer Stimmenthaltung.

3 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung vom 13.12.2023

4 Gespräch mit dem Migrantenbeirat

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Oberbürgermeister Frau Hussain – Vorsitzende und Frau Gonzalez Olivo – stellvertretende Vorsitzende des Migrantenbeirates.

5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

5.1 Umsetzung Holzbau-Initiative

23/SVV/0030
vertagt

zurückgestellt - – fehlt Votum KIS

5.2 Tragfähige IT-Konzepte entwickeln und umsetzen

23/SVV/0039
vertagt

zurückgestellt - – fehlt Votum PTD

5.3 Erweiterung Jüdischer Friedhof

23/SVV/0810
ungeändert beschlossen

Herr Dr. Scharfenberg bringt den Antrag ein und verweist darauf, dass dieser bislang auf Wunsch der Verwaltung zurückgestellt wurde. Der Oberbürgermeister informiert, dass die notwendigen Abstimmungen mit dem Ministerium erfolgt sind und im Ergebnis ein Gutachten zur Bewertung des Grundstücks in Auftrag gegeben wurde. Wenn das Ergebnis vorliegt, wird es eine weitere Abstimmung bezüglich der Überlassung des Grundstücks geben.

Herr Dr. Scharfenberg schlägt vor, über den Antrag in der heutigen Sitzung abzustimmen und ihn als unterstützende Argumentation gegenüber dem Land zu sehen.

Beschlussempfehlung:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich dafür aus, eine Erweiterung des Jüdischen Friedhofs am Pflingstberg zu unterstützen und dafür innerhalb des Handlungsspielraums der Landeshauptstadt die vorhandenen Möglichkeiten auszuschöpfen.

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, bis Ende 2023 dazu im Hauptausschuss zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **16**
Ablehnung: **0**
Stimmenthaltung: **0**

5.4 Inklusionsbeauftragte in städtischen Betrieben

23/SVV/0940
ungeändert beschlossen

Herr Sändig bringt den Antrag namens der Fraktion DIE aNDERE unter Bezugnahme auf die Stellungnahme der Verwaltung ein. Seitens der Verwaltung nimmt Frau Dr. Denninger dazu Stellung und befürwortet das Anliegen.

Beschlussempfehlung:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird in seiner Funktion als Vertreter der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) in der Gesellschafterversammlung der städtischen Betriebe beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass alle städtischen Betriebe unverzüglich Inklusionsbeauftragte benennen oder entsprechende Personalstellen einrichten.

Die Inklusionsbeauftragten sollen die Erarbeitung von Inklusionsvereinbarungen organisieren, Maßnahmen zur Erhöhung der Schwerbehindertenquote erarbeiten und regelmäßig in den Aufsichtsräten und im Hauptausschuss über die Einhaltung der Schwerbehindertenquote berichten.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im Dezember 2023 über den Sachstand zu unterrichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	14
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

5.5 Potsdamer Klärwerke zügig ertüchtigen, um die erforderliche Qualitätsstufe der Wasserwiederverwendungsrichtlinie für eine Wiederverwendung zu erfüllen

23/SVV/0943
vertagt

Bezug nehmend auf die im Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität geführte Diskussion und die Frage, ob das Anliegen des Antrags Bestandteil des EWP-Konzeptes sein soll, wird der Antrag zur Präzisierung noch einmal **zurückgestellt**.

5.6 Erste Satzung zur Änderung der Übernachtungssteuersatzung der Landeshauptstadt Potsdam vom 29.07.2014

23/SVV/1100
geändert beschlossen

Vor Eintritt in den Tagesordnungspunkt erhalten Frau Braun und Herr Lücke (Frau Thom-Neumann ist krankheitsbedingt nicht anwesend) das Rederecht und sprechen sich für eine Tourismusabgabe aus, die aus ihrer Sicht gerechter ist. Kritik wird am Umgang mit der Branche und dem fehlenden Verständnis der Politik für deren Situation geübt. Darüber hinaus sei nicht klar, über welche Summen konkret geredet wird.

In der sich anschließenden Diskussion verweist Herr Heuer auf die am gestrigen Tag im Ausschuss für Stadtentwicklung geführte Diskussion. Auch hier wurde die bewusste Entscheidung gegen eine Tourismusabgabe begründet. Darauf Bezug nehmend fragt Frau Hüneke nach Zahlen, die einen Vergleich zwischen Übernachtungssteuer und Tourismusabga-

be ermöglichen. Anschließend erläutert Herr Exner, Beigeordneter für Finanzen, Investitionen und Controlling, die Historie der Übernachtungssteuersatzung und kündigt an, den Ergänzungsantrag der Fraktion Mitten in Potsdam bis zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 24.01.2024 prüfen zu wollen. Die geforderten Vergleichszahlen gehen auf den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung 23/SVV/0784 zurück und werden der beschlossenen geänderten Terminstellung entsprechend in der Sitzung am 06. März 2024 vorgelegt.

Daraufhin wird die Beschlussvorlage inhaltlich kontrovers diskutiert und eine Beschlussfassung im Januar in Frage gestellt, da die nötigen Vergleichszahlen erst im März vorliegen werden.

Der Oberbürgermeister verweist auf das klare Votum der Stadtverordneten gegen eine Tourismusabgabe und die Zustimmung am 06.12.2023, die Vergleichszahlen erst im März 2024 zu erhalten. Er plädiert dafür, die Vorlage heute im Hauptausschuss zu votieren und zu prüfen, ob eine Inkraftsetzung ab 01.04.2024 das Anliegen befördere.

Abstimmung:

Die in der Diskussion mehrfach beantragte Zurückstellung der Vorlage auf eine Hauptausschusssitzung im März 2024 wird mit 9 Nein-Stimmen **abgelehnt**, bei 6 Ja-Stimmen.

Abstimmung:

Der Ergänzungsantrag der Fraktion Mitten in Potsdam, DS 23/SVV/1100-01 wird

mit Stimmenmehrheit **angenommen**,
bei einigen Stimmenthaltungen.

Die so geänderte Beschlussvorlage wird zur Abstimmung gestellt:

Beschlussempfehlung:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Erste Satzung zur Änderung der Übernachtungssteuersatzung der Landeshauptstadt Potsdam vom 29.07.2014, einschließlich der Ergänzung im § 1 Abs. 1, dass Beherbergungsbetriebe, die nachweislich zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Satzung bereits im Kalenderjahr 2023 für das Kalenderjahr 2024 Festpreise für Kontingente mit beruflichem oder vergleichbarem Anlass („Kontingentverträge“) vertraglich vereinbart haben, im Kalenderjahr 2024 von der Erhebung der Übernachtungssteuer ausgenommen sind.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	11
Ablehnung:	2
Stimmenthaltung:	3

5.7 Information vor Strukturveränderungen

23/SVV/1274
vertagt

Herr Dr. Scharfenberg bringt den Antrag ein. Anschließend wird die Frage diskutiert, inwieweit das Anliegen mit dem § 54 Abs. 2 BbgKVerf und die Pflicht des Hauptverwaltungsbeamten über wichtige Angelegenheiten zu informieren, gedeckt ist und welche konkreten Angelegenheiten sich die Antragsteller darunter vorstellen.

Gegen den Vorschlag des Oberbürgermeisters, den Antrag **zurückzustellen** und das Anlie-

gen klarer zu fassen und einen entsprechenden Formulierungsvorschlag vorzulegen, erhebt sich kein Widerspruch.

5.8 Machbarkeitsstudie Forum an der Plantage, gemäß 22/SVV/1142, hier: Begleitkreis

Der Oberbürgermeister verweist eingangs darauf, dass für den Begleitkreis alle Fraktionen jeweils einen Vertreter entsenden. Jetzt gehe um jeweils ein Mitglied des Hauptausschusses für die beiden Arbeitsgruppen, gemäß Beschluss 22/SVV/1142 - Machbarkeitsstudie zum Forum An der Plantage. Auf seine Nachfrage, schlägt Frau Hüneke sich für die Arbeitsgruppe „Standortprofil“, die vom Vorsitzenden geleitet wird, vor und für die Arbeitsgruppe „Städtebau“ Herrn Dr. Zöller.

Herr Heuer spricht sich für diesen Vorschlag aus, da im Begleitkreis selbst alle Fraktionen vertreten seien und sich somit das Stärkeverhältnis der Fraktionen widerspiegele. Zudem seien Vorsitzende der Ausschüsse Kultur und Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes vertreten.

Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, bis wann die Vertreter der Fraktionen benannt werden sollen, um vor Ausschreibung der Machbarkeitsstudie „noch einmal drüber zu gucken“, wird der 01.02.2024 benannt; ein Termin für die Zusammenkunft werde noch bekannt gegeben, so der Oberbürgermeister.

Herr Teuteberg schlägt als Vertreter für die Arbeitsgruppe „Standortprofil“ Herrn Finken vor, um die „Vielfalt zu erhöhen“.

6 Mitteilungen der Verwaltung

6.1 Bessere Integration von Bundesbediensteten und verstärkte Anstrengungen für die Unterbringung von Geflüchteten

23/SVV/0918
zur Kenntnis genommen

Herr Richter, Werkleiter des Kommunalen Immobilienservice, erläutert die Mitteilungsvorlage anhand einer Präsentation und beantwortet die Rückfragen. Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

6.2 Förderung des Ehrenamtes in den Hilfsorganisationen

23/SVV/0932
zur Kenntnis genommen

Herr Krawinkel, Leiter des Fachbereiches Feuerwehr, erläutert die Mitteilungsvorlage und verweist auf die ausführliche Erläuterung und Diskussion im Ausschuss für Ordnung und Sicherheit.

Anschließend wird die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen.

6.3 Darlegung der Konsequenzen bezüglich "Aufhebung des Beschlusses zum kostenfreien Eintritt in den Volkspark sowie sozialverträgliche Gestaltung der Eintrittspreise"

zur Kenntnis genommen

gemäß Beschluss: 23/SVV/0685

Herr Rubelt, Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt, verweist auf die dem Ratsinformationssystem beigefügte Präsentation, die bereits im Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität ausführlich besprochen wurde. Er fasst zusammen, dass ab 01.01.2024 die Kassenautomaten umprogrammiert wurden, um dem bestimmten Personenkreis einen freien Eintritt zu ermöglichen. Er beziffert die Kosten für die Umstellung auf 10.000 Euro und den geschätzten verminderten Erlös auf 25.000 Euro. Um die Mindereinnahmen zu kompensieren werde es im Bereich der Instandhaltungen Einsparungen geben müssen.

6.4 Information zum aktuellen Stand der Umsetzung des Vertrages zur schrittweisen Sanierung des Parks am Pfingstberg

gemäß Beschluss: 23/SVV/1079

vertagt

zurückgestellt – Sitzung des Hauptausschusses am 14.02.2024

6.5 Information zu Unterbringungspotentialen für Migranten

gemäß Beschluss: 23/SVV/1324

zur Kenntnis genommen

7 Sonstiges

7.1 Arbeitsplanung Hauptausschuss 2024

Zur vorliegenden Arbeitsplanung des Hauptausschusses gibt es keine Anmerkungen oder Ergänzungen.

7.2 Information zur Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes Berlin-Brandenburg / Wohnquartier auf dem Gelände der Kleingartenanlage „Angergrund“ in Babelsberg

Herr Rubelt, Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt, informiert über die gegen die Landeshauptstadt gefallene Entscheidung des OVG. Dieses habe im Normenkontrollverfahren Formfehler erkannt und die Satzung über die Veränderungssperre im Bereich des Bebauungsplans Nr. 162 sowie die darauf aufbauende erste Änderungssatzung zu dieser Veränderungssperre für unwirksam erklärt. Er kündigt an, im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes dezidiert dazu vorzutragen, weil bis dahin die Begründung der Entscheidung vorliegen werde.

Vorsitz:

Mike Schubert

Protokollführung:

Heike Ziegenbein